

Trotz hoher Militärpräsenz verlieren die USA stetig an Einfluss in Asien, sieht **Chas Freeman**.

Schattenboxen im Pazifik



Brown University [M]

Die Kräfteverhältnisse im asiatisch-pazifischen Raum verschieben sich derzeit gewaltig. Die Erosion des Primats der USA in der Region scheint nicht mehr aufzuhalten.

Während sich die USA durch diverse Kriege und auch durch mutwillig heraufbeschworene Bündniskonflikte in verschiedenen Regionen der Welt fernab der Vereinigten Staaten verzetteln, agiert China zielstrebig und fokussiert. Trotz des globalen Profils der chinesischen Außenpolitik konzentriert sich das Land vornehmlich auf seine Heimatregion Asien.

Dessen ungeachtet grassiert in Washington noch immer die Vorstellung, dass die Vereinigten Staaten die chinesische Peripherie für immer beherrschen können. Dass dies mittels erhöhter US-Verteidigungsausgaben möglich sein soll, ist in der amerikanischen Hauptstadt noch immer geradezu ein Glaubensartikel.

Doch das ist mittlerweile reine Illusion. China und die Vereinigten Staaten sind aktuell in ein bilaterales Wettrüsten eingetreten. Der Marinearm der chinesischen Volksbefreiungsarmee strebt eine Flotte von fast 500 Schiffen verschiedener Klassen an. Das stellt zumindest numerisch, wenn auch nicht in der Kampfkraft die rund 170 Schiffe in den Schatten, die die US-Marine in ihrer 7. Flotte sowie in der 3. Flotte zum Einsatz bringen kann.

Zusammen mit den Fortschritten der Luft- und Raketenstreitkräfte Chinas ist das Resultat ein zunehmendes Abschmelzen der seit langem bestehenden militärischen Vorherrschaft der USA in Gebieten in der Nähe von China.

Machtschwund der USA

Chinas zunehmendes militärisches Gewicht sowie Zweifel an der Durchhaltekraft der USA, die unter Donald Trump noch einmal deutlich verschärft wurden, haben Chinas Nachbarn, darunter auch langjährige US-Verbündete, veranlasst, sich neu zu positionieren. Sie alle suchen nach Möglichkeiten, sich an die neuen strategischen Realitäten anzupassen.

Zwar wollen sie so viel Autonomie wie möglich behalten. Zugleich bemühen sie sich, dem mächtigen chinesischen Nachbarn nicht ausgeliefert zu sein und den Rückgang des US-Einflusses in der Region auszugleichen. Darum bauen sie ihre eigenen Verteidigungsfähigkeiten aus und suchen neue Sicherheitspartnerschaften.

So entwickelt Japan unter der Führung des gerade wiedergewählten Shinzo Abe militärische Fähigkeiten, die entweder die der Vereinigten Staaten unterstützen können oder auch autonom einsetzbar wären. Um Peking entgegenzuwirken, arbeitet Tokio außerdem an einer Annäherung an Putins Russland sowie an Sicherheits- und Geheimdienstpartnerschaften mit Indien und Vietnam.

Unter den Nationen der Region gelten die Thailänder als die scharfsinnigsten Köpfe, wenn es um das gewieft Ausloten von Machtgleichgewichten für den eigenen nationalen Bedarf geht. Entsprechend versuchen sie einen diplomatischen Hochseilakt, der sie zwischen China und Amerika verankert. Malaysia wiederum hat eine Kampagne begonnen, um seine Beziehungen zu China zu stärken.

Einige andere, wie Kambodscha und Laos, sind fest in die chinesische Umlaufbahn gezogen.

Derweil überlegt Australien, wie man mit dem Trend zur ansteigenden Ehrerbietung gegenüber China, der bei immer mehr asiatischen Ländern vorherrscht, umgehen kann. Weit über die militärischen Machtverhältnisse hinaus liegt der Schlüssel für alle diese tektonischen Verschiebungen darin, dass die meisten Lieferketten dieser Region mit ihren 4,4 Milliarden Menschen in China zusammenlaufen.

Asien wächst nicht nur viel schneller als der Weltdurchschnitt. Noch wichtiger ist das, was die Anbindung des eigenen Landes an China für die Regierungschefs der gesamten Region bedeutet. Die kommerzielle Integration mit China ist ja nicht nur der entscheidende Faktor für die Dynamik des Wirtschaftswachstums im eigenen Land.

Wegen der profunden politischen Bedeutung des Wirtschaftswachstums ist das Verhältnis zu China damit indirekt mitentscheidend für die Sicherung der Unterstützung in den Bevölkerungen und damit der eigenen politischen Legitimität.

Magnet China

So spielt China heute genau jene Rolle, die die USA zwischen 1950 und dem Ende des 20. Jahrhunderts oftmals spielten. Als ob es um die Rolle der USA in der Region nicht schon schlimm genug stünde, beendete Donald Trump dann auch noch das amerikanische Engagement bei dem avisierten Handelsabkommen zur Förderung der transpazifischen Partnerschaft (TPP).

Nun kann China ungehindert seinen Gegenentwurf einer „regionalen umfassenden Wirtschaftspartnerschaft“ (RCEP) verfolgen. Das ist mehr als eine Ironie des Schicksals: Immerhin bestand auf amerikanischer Seite die ursprüngliche strategische Begründung für das Verfolgen des TPP-Abkommens darin, ebendieses Primat der USA aufrechtzuerhalten. Die USA wollten ursprünglich Chinas Versuch, die wirtschafts-, handels- und finanzpolitischen Regeln für Asien zu schreiben, einen Riegel vorschieben. Das gilt nicht mehr.

Auch wenn es noch eine deutliche Wegstrecke ist bis zum Abschluss eines solchen chinesisch inspirierten oder gesteuerten Abkommens, so muss man sich doch fragen, wie China auf dieser Ebene agieren wird. So ist etwa beim Thema Wirtschaftssanktionen aufschlussreich, dass Peking diese zwar regelmäßig anwendet, ohne sie aber im Normalfall anzukündigen, zu bestätigen oder zu verweigern. Auch setzt es keine spezifischen Bedingungen für deren Beendigung fest. Damit stellt sich die chinesische Politik in einen bewussten Gegensatz zu den meisten westlichen Ländern, denen es oftmals gerade um den Signalcharakter der expliziten Ankündigung geht.

Mit ihrem betont unspezifischen Ansatz haben die Chinesen den Vorteil, ihre Zwangsmaßnahmen flexibel anpassen oder beenden zu können. Zudem müssen sie - mangels öffentlicher Ankündigung - nicht für bestimmte Ergebnisse oder ein Ausbleiben des intendierten Erfolgs einstehen.

Diese Vorgehensweise führt bei den Opfern des chinesischen Drucks mitunter sogar dazu, dass sich politische Fraktionen innerhalb der Führungsspitze des jeweiligen Ziellandes öffentlich darüber streiten, wie man Peking am besten befriedigen kann. Sie verhandeln also im Grund gegen sich selbst. Auf diese Weise hat China ein umso leichteres Spiel.

„**Aktuell setzt China Unternehmen in Südkorea sehr stark unter Druck, um seine Einwände gegen den Einsatz eines Raketenabwehrsystems der USA in Korea zu unterstreichen.**“

Aktuell setzt China Unternehmen in Südkorea sehr stark unter Druck, um seine Einwände gegen den Einsatz eines Raketenabwehrsystems der Vereinigten Staaten in Korea zu unterstreichen. Ganz allgemein hat Peking keine Hemmungen, deutlich zu machen, wie man sich verhalten muss, um für das eigene Land positive Investitionsentscheidungen seitens Chinas zu erlangen.

Das heißt aber nicht etwa, dass China unablässig darauf aus ist, andere Nationen zu schikanieren. Diese Neigung wird dadurch im Zaum gehalten, dass das außenpolitische Verhalten des Landes mit dem Begriff der „Gesichtswahrung“, der Schlüsselnorm der chinesischen Gesellschaft, in Einklang gebracht werden muss.

Auf internationaler Ebene spiegelt sich dieses Prinzip der „Gesichtswahrung“ in der Aufrechterhaltung der Fiktion der souveränen Gleichheit der Staaten wider. Mit anderen Worten: Gesichtswahrung und Achtung der souveränen Gleichheit von Staaten haben sich im chinesischen Denken verschmolzen.

China macht nach Möglichkeit geradezu einen Fetisch daraus, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu vermeiden. In seinen auswärtigen Beziehungen verleiht China „Gesicht“ nämlich mit Vorliebe in der Form, dass es Ministstaaten ebenso wie Großmächten ostentativ die gleiche formelle Gastfreundschaft und offizielle Aufmerksamkeit schenkt.

Dies erklärt auch, warum die Mechanismen der Vereinten Nationen gut in die chinesische Psychologie passen. Während die Uno in ihrer Generalversammlung am Rechtsprinzip der souveränen Gleichheit festhält, erkennt die Uno im Sicherheitsrat pragmatisch die Realität einer Machthierarchie an.

Das macht plausibel, warum China mittlerweile zum Hauptverteidiger der UN-Charta geworden ist. Pekings Vorschlag einer „neuen Art von Großmachtbeziehungen“ kann als Versuch verstanden werden, eine „gesichtsbasierte“ Weltordnung zu vereinbaren, die mit der UN-Charta vereinbar ist.

Das Risiko bewaffneter Konflikte

Angeht dieses ebenso taktisch ausdifferenzierten wie strategisch durchdachten Ansatzes steht außer Frage, dass sich die chinesisch-amerikanische Rivalität auf der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ebene intensivieren wird. Trotz des eifrigen Schattenboxens, das die US-Streitkräfte im Pazifischen Ozean unternehmen, wird das amerikanische Militärprimat allmählich verschwinden. Zugleich werden sowohl die Kosten des Engagements in den USA als auch die Risiken bewaffneter Konflikte steigen.

Die anderen Staaten der Region sind bestrebt, sich abzusichern. Sie werden sich entweder näher an Peking verankern oder versuchen, sich mit Chinesen und Amerikanern zu arrangieren. Dabei werden sie ihre bestehenden Allianzen mit Amerika aber nicht aufgeben. Warum auch? Daran festzuhalten kostet sie ja so gut wie nichts. Aber sie werden sich mit Sicherheit weniger auf die Vereinigten Staaten verlassen und immer unabhängiger von ihnen handeln.

Der Autor ist Chairman von Projects International. Er war US-Botschafter in Saudi-Arabien. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com